Der SPD Bundestags-Newsletter für Mittelfranken

AUSGABE 06

PLENUM 2018

In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:
Beratungen zum Bundeshaushalt

MARTINA STAMM-FIBICH:
Mit einer Stammzellenspende den Blutkrebs besiegen

CARSTEN TRÄGER:
Steinmeier eröffnet Ludwig-Erhard-Zentrum

GABRIELA HEINRICH:
Deutschlands humanitäre Verpflichtung im Haushalt

MARTIN BURKERT:
Im Spannungsfeld der digitalisierten Arbeitswelt

Herausgeber: Der Newsletter Plenum ist ein Gemeinschaftsprojekt der Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich, Gabriela Heinrich, Martin Burkert und Carsten Träger. Für den Inhalt sind die Mandatsträger verantwortlich.

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Mehr Investitionen

Der Bundestag berät in erster Lesung über den Haushalt 2018.

Der Bundestag hat in der abgelaufenen Sitzungswoche die erste Lesung zum Bundeshaushalt 2018 beraten. Mit der zweiten. und dritten. Lesung vom 2. bis 4. Juli will der Bundestag den Haushalt dann endgültig verabschieden. Danach muss im zweiten Durchgang der Bundesrat am 6. Juli noch grünes Licht geben.

Der Haushalt ist expansiv. Die Investitionen steigen. In der neuen Legislaturperiode wird deutlich mehr Geld für Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung und Forschung ausgegeben als in den Vorjahren. Betrugen die Investitionen des Bundes im Zeitraum 2013 – 2017 noch 146,5 Milliarden Euro, so steigen sie im Zeitraum 2018 – 2022 auf geplante 180,3 Milliarden Euro an. Dies entspricht einer Steigerung um 23 Prozent im Vergleich zur letzten Legislaturperiode.

Im jetzt vom Bundeskabinett beschlossenen Haushalt 2018 (Zweiter Regierungsentwurf 2018) steigen die Ausgaben für Investitionen auf 37 Milliarden Euro (von 34 Milliarden Euro in 2017) – dies entspricht einer Steigerung um rund neun Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

In der ebenfalls vom Kabinett beschlossenen Finanzplanung 2019 bis 2022 sind für das Jahr 2022 im Vergleich zu 2017 leicht gesunkene Investitionen aufgeführt (33,5 Milliarden Euro). Diese von manchen als Absenkung der Mittel für Investitionen interpretierte Zahl beruht jedoch auf einer veränderten Darstellung: ab dem Jahre 2020 werden die bis Ende 2019 aus dem Bundeshaushalt an die Länder gezahlten Entflechtungsmittel in Höhe von über drei Milliarden Euro pro Jahr nicht mehr gesondert als Investitionen ausgewiesen, sondern als Folge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen pauschal an die Länder übertragen. Diese werden auch weiterhin für Investitionen von den Ländern genutzt werden.

Die Haushaltsberatungen haben begonnen. Es soll deutlich mehr Geld für Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung und Forschung ausgegeben werden. *F: Thomas Köhler/photothek*

Für die SPD geführten Ressorts ergeben sich folgende Änderungen: Für familienpolitische Leistungen werden im Jahr 2018 zusätzlich rund 600 Millionen bereitgestellt, vor allem für das Elterngeld und den Unterhaltsvorschuss. Die Bekämpfung von Kinderarmut wird über den Kinderzuschlag reformiert. Dafür werden 1,4 Milliarden Euro bis zum Ende des Finanzplanzeitraumes veranschlagt. Für Leistungsverbesserungen in den Bereichen frühkindlicher Bildung, stehen ab 2019 insgesamt rund 7,5 Milliarden Euro zusätzlich bereit. Das Kindergeld und der Kinderfreibetrag werden ab dem 1. Juli 2019 erhöht.

In der Sozialpolitik werden die Leistungen an die Rentenversicherung 2018 rund 94 Milliarden Euro betragen und bis 2022 auf rund 109,1 Milliarden Euro deutlich ansteigen. Für die Erstattung der Nettoausgaben der Länder für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind im laufenden Jahr 5,9 Milliarden Euro veranschlagt.
Der Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der GKV für versicherungsfremde Leistungen beträgt 14,5 Milliarden Euro pro Jahr. Die passiven Leistungen nach dem SGB II (ALG II und KdU) betragen 2018 rund 27,9 Milliarden Euro.

Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

martina.stamm-fibich@bundestag.de

030 - 227 774 22

www.stamm-fibich.de

facebook.com/martina.stammfibich

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

DKMS: Mitmachen und Leben retten

Viele Kinder und Jugendliche erkranken an Blutkrebs. Schnelle Registrierung als Stammzellenspender.

Alle 15 Minuten erhält ein Mensch in Deutschland die Diagnose Blutkrebs. Viele sind Kinder und Jugendliche. Ihre einzige Chance ist eine Stammzellenspende. Nur ein Drittel der Patienten findet innerhalb der Familie einen passenden Spender. Die meisten sind auf geeignete Spender von außerhalb angewiesen. Damit sich mehr Menschen als Spender registrieren lassen, hat die Deutsche Knochenmarkspenderdatei (DKMS) den 28. Mai als Aktionstag im Kampf gegen Blutkrebs etabliert.
Die gemeinnützige DKMS wurde 1991 gegründet. Damals waren nur etwa 3000 Menschen in Deutschland als Spender registriert. Heute sind es fast fünf Millionen Menschen. Die DKMS ist die weltweit größte Datenbank für Stammzellenspende und ermöglicht täglich durchschnittlich 19 Stammzellentransplantationen. Die Vision der DKMS ist: Wir besiegen Blutkrebs. Sie kann nur erreicht werden, wenn sich viele Menschen als potentielle Spender registrieren lassen. Das dauert nur wenige Minuten, kann aber Leben retten. Grundsätzlich kann sich jeder gesunde Mensch zwischen 17 und 55 Jahren als Stammzellenspender registrieren: https://www.dkms.de/de/spender-werden.

Mein Team und ich nehmen den DKMS-Aktionstag zum Anlass uns registrieren zu lassen oder die Aktualität unserer Daten zu überprüfen. Lassen auch Sie sich registrieren und informieren Sie Freunde und Bekannte. Blutkrebs kann besiegt werden - aber nur gemeinsam.

Austausch mit der Wirtschaft

Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Politik und Wirtschaft unterscheiden sich an vielen Stellen. Umso wichtiger ist der Austausch zwischen Praktikern aus beiden Bereichen, denn er fördert gegenseitiges Verständnis und baut vorhandene Vorurteile ab.
Demokratie braucht Zeit und wirtschaftliche Logik allein darf in der Politik nie entscheidend sein. Das zu vermitteln ist mir wichtig. Deshalb habe ich mich auch in diesem Jahr am Know-how-Transfer der Wirtschaftsjunioren beteiligt.

Die Wirtschaftsjuniorin Katharina Barrenscheen hospitierte mehrere Tage in meinem Büro. Außerdem standen Diskussionsrunden mit Vertretern der SPD-, CDU/CSU-, FDP-Fraktion und der Besuch von Ausschuss- und Plenarsitzungen auf dem Plan.

Jetzt für das Patenschaftsprogramm bewerben

Internationale Jugendaustausch-Programme sind nicht nur spannend. Sie legen wichtige Grundsteine für gute Beziehungen zwischen den Menschen in unterschiedlichen Ländern.

Umso mehr freue ich mich, dass auch 2018 mit dem Schüler Tobias Adamczewski ein junger Mensch aus meinem Wahlkreis am Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) teilnehmen und ein Jahr in den USA verbringen wird. Zum Abschluss eines einwöchigen Seminars der diesjährigen Stipendiaten mit der Partnership International e.V. war ich als Gast und Diskussionspartnerin beim Abschlussabend in Würzburg mit dabei. Die Bewerbungsfrist für das Schuljahr 2019/2020 läuft bis 14.09.2018. Infos unter: https://www.bundestag.de/ppp

Martina Stamm-Fibich war Teilnehmerin beim Diskussionsabend in Würzburg.

Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

carsten.traeger@bundestag.de

030 - 227 778 01

www.carsten-traeger.de

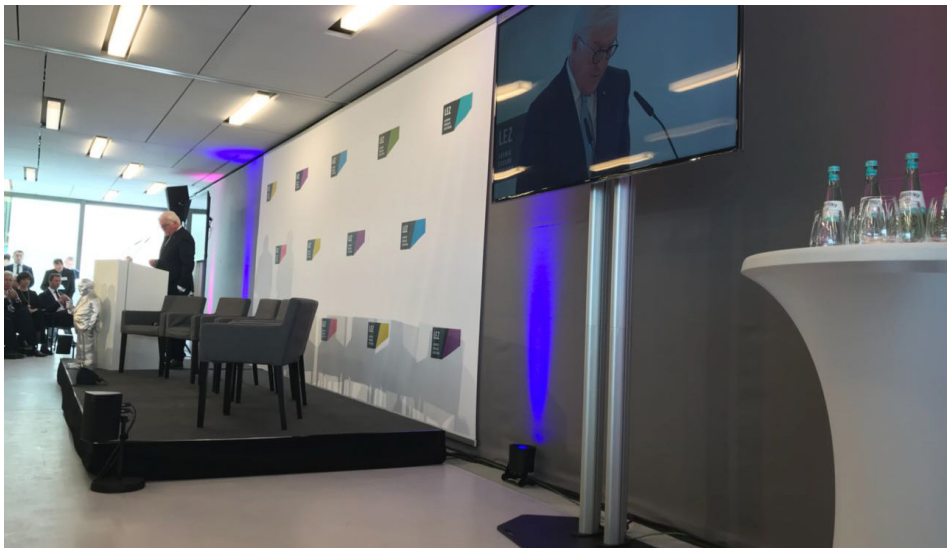
facebook.com/carstentraegermdb

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

„Stolz auf seine Fürther“ – Steinmeier eröffnet LEZ

Bundespräsident weiht das Ludwig-Erhard-Zentrum ein und lobt in seiner Rede den gebürtigen Fürther als Mitbegründer der Sozialen Marktwirtschaft.

Wenn selbst der Botschafter der Volksrepublik China den Weg nach Fürth findet, muss etwas Besonderes passiert sein: Gemeinsam mit Vertretern der Stadt und der bayerischen Staatsregierung eröffnete Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Freitag vor Pfingsten das Ludwig-Erhard-Zentrum mitten in der Innenstadt, um dem Erfinder der Sozialen Marktwirtschaft zu gedenken.



Zur Eröffnung des Ludwig-Erhard-Zentrums in Fürth hielt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eine Rede und nahm im Anschluss an einer Führung teil.

Mit dem LEZ entstand in Erhards Geburtshaus und einem Neubau direkt gegenüber ein einzigartiges Ausstellungs-, Dokumentations-, Begegnungs- und Forschungszentrum. Auf gut 1.200 Quadratmetern lädt die Dauerausstellung ab Ende Juni die Menschen dazu ein, Ludwig Erhards Leben und Wirken besser kennenzulernen, Zeitgeschichte zu entdecken und die Idee der Sozialen Marktwirtschaft zu erleben. „Ich glaube, Erhard wäre stolz auf sein Museum und auf seine Fürther und vielleicht auch darauf, dass sie ihm keine goldene Statue gebaut haben, sondern einen Ort für Aufklärung und Dialog, was ihm auch wichtiger gewesen wäre“, erklärte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier anlässlich der Eröffnung.

Steinmeier betonte die große Bedeutung Erhards und seines Entwurfs der Sozialen Marktwirtschaft für den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik. „Das war ein Sprung ins Ungewisse, ein versuchter Gegenentwurf zum Manchester-Kapitalismus und der Sozialistischen Planwirtschaft. Mit diesem wagemutigen Schritt hat er den Grundstein für die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik gelegt.“

Der Bundespräsident legte die Relevanz von Erhards Idee für die heutige Zeit sehr klar dar. „Globalisierung und Digitalisierung markieren ebenfalls eine Zeitenwende, etwas Epochales, denen man mit mutiger Politik im Sinne Erhards begegnen muss“, erörterte unser ehemaliger Bundesaußenminister.

Ich persönlich verstehe unseren Präsidenten dabei nicht in dem Sinne, dass wir nun ein neues Wirtschaftsmodell aufsetzen müssen. Doch die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wie die größer werdende Schere zwischen Arm und Reich, das Ziel eines Welthandels ohne Menschen und/oder den Planeten auszubeuten, diese Herausforderungen brauchen in ihrer Bewältigung etwas, das Erhard mit der Sozialen Marktwirtschaft geschaffen hat: Ein mutiges Stück Politik.

Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

gabriela.heinrich@bundestag.de

030 - 227 758 44

www.gabriela-heinrich.de

facebook.com/heinrichgabriela

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Deutschlands humanitäre Verpflichtung im Haushalt

Seit dem Regierungsantritt der SPD im Jahr 2013 wurden die Mittel verdreifacht. Jetzt gilt es, die Projekte aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen.

Vor ein paar Wochen habe ich hier über Deutschlands humanitäre Verpflichtung im Koalitionsvertrag geschrieben. Jetzt liegt der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2018 vor. Die Mittel für humanitäre Hilfe werden weiter steigen.

Im Regierungsentwurf für den Haushalt sind 1,5 Milliarden für die humanitäre Hilfe vorgesehen (300 Millionen Euro mehr als im Vorjahr). Seit unserem Regierungsantritt 2013 haben wir die Mittel verdreifacht. Mehr Geld für humanitäre Hilfe ist einerseits erfreulich, weil wir mehr Menschen helfen können. Andererseits bedeutet der Zuwachs natürlich auch, dass es mehr Konflikte gibt, also noch mehr Menschen in Not sind.

Haushalterische Zusammenhänge
Wir wollen die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit um rund eine Milliarde Euro erhöhen. Das ist gut, um langfristig Armut zu bekämpfen. Aufgrund der großen Not setzen wir uns in den Haushaltsberatungen aber dafür ein, die Mittel für humanitäre Hilfe – die eher eine akute Nothilfe ist – noch stärker als vorgesehen zu erhöhen. 2017 wurden aus den veranschlagten 1,2 Milliarden für humanitäre Hilfe wegen der vielen Konflikte doch 1,7 Milliarden. Deswegen fordern wir schon jetzt zusätzliche Mittel, um damit zum Beispiel Flüchtlinge vor Ort in Krisengebieten zu versorgen.

„1,5 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe zeigen, wie viel Not es auf der Welt gibt!“

Kapitel „Sicherung von Frieden und Stabilität“
Dem Auswärtigen Amt stehen 2,7 Milliarden Euro im Haushalts-Kapitel "Sicherung von Frieden und Stabilität" zur Verfügung. Der größte Batzen ist dabei das Geld für die humanitäre Hilfe, der Rest setzt sich zusammen zum Beispiel aus Leistungen an die UNO und weiteren Mitteln für Demokratisierungshilfe sowie zur Förderung der Menschenrechte.

Wir wollen die Leitlinien für Krisenprävention, Konflikt-Bearbeitung und Friedensförderung umsetzen, die wir in der letzten Wahlperiode erarbeitet haben: Friedensmediation auszubauen und Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung zu ergreifen, gehört dazu. Nicht zuletzt geht es um Transformationspartnerschaften, bei denen wir z.B. Tunesien, Marokko und den Irak bei Demokratie, Rechtsstaatsförderung, Wirtschaft, Bildung, Gleichstellung der Geschlechter und Medien unterstützen.

Beratungsbedarf sehe ich auch noch
In den parlamentarischen Haushaltsverandlungen wird sich die SPD dafür einsetzen, dass im Koalitionsvertrag beschlossene Projekte auch umgesetzt werden. Zum Beispiel brauchen die deutschen Auslandsvertretungen mehr Mittel, damit sie den Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte umsetzen können.

Der Koalitionsvertrag nennt außerdem die Deutsch-Französischen Einrichtungen, das Netzwerk deutscher Auslandsschulen und die strategische Auslandskommunikation. Letzteres ist wichtig! Damit ist gemeint, dass Deutschland mehr gegensteuern muss, wenn kriminelle Schlepper perspektivlosen Menschen in Entwicklungsländern über Deutschland das Blaue vom Himmel herunterlügen.

Martin Burkert | **Wahlkreis Nürnberg Süd und Schwabach**

martin.burkert@bundestag.de

030 - 227 733 63

www.martin-burkert.de

facebook.com/burkertmartin

SPD
Zeit für mehr Gerechtigkeit.

Im Spannungsfeld der digitalisierten Arbeitswelt

Beim DGB-Bundeskongress in Berlin diskutieren die Delegierten über die sich verändernden Rahmenbedingungen für Beschäftigte.

Beim DGB-Bundeskongress forderte unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede eine Ethik der Digitalisierung in der Arbeitswelt. Ein großes Thema, das auch im Leitantrag des DGB-Bundeskongresses eine große Rolle spielt. Denn nichts verändert die Arbeitswelt mehr als die Digitalisierung. Die neue Technik bietet viele Chancen, zum Beispiel für mehr selbstbestimmte Arbeit, doch auch Risiken, beispielsweise für die psychische Gesundheit, weil man 24 Stunden am Tag erreichbar sein soll.

Viele Menschen machen sich Sorgen um ihre Zukunft: Bleibt für mich noch Platz im Beruf? Werde ich durch eine Maschine ersetzt? Unser Sozialstaat muss die Garantie geben, dass gut qualifizierte Menschen nicht den Kampf gegen digitale Algorithmen verlieren. Dafür müssen wir allen ermöglichen, Qualifikationen zu erwerben – und zwar ohne dabei einen Einkommenseinbruch zu erleiden. Das fordert auch der DGB in seinem Leitantrag mit einem „Sozialstaat 4.0“, der wirksam vor Lebensrisiken schützt und die Menschen dazu befähigt, im Wandel der Arbeitswelt mithalten zu können.

Das Spannungsfeld der digitalisierten Arbeitswelt bekommen wir nur in den Griff, wenn wir den Wandel gemeinsam und sorgfältig gestalten. Auf keinen Fall darf die zunehmende Flexibilisierung von Arbeitsort und Arbeitszeit einseitig zu Lasten der Beschäftigten gehen. Jeder hat ein Recht auf Feierabend. Wir brauchen klare Regeln für Erreichbarkeit und Flexibilität: ohne gläserne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ohne Lohndumping durch digitales Outsourcing.

Tauschen sich beim DGB-Bundeskongress aus (v.l.): MdB Martin Burkert, MdB Yasmin Fahimi und Matthias Jena, Vorsitzender DGB Bayern.

Beim Parlamentarischen Abend im Rahmen des DGB-Bundeskongresses sprachen unser ehemaliger Kollege aus der bayerischen Landesgruppe und Afa-Bundesvorsitzender Klaus Barthel sowie unsere Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles zu den Delegierten. Auch sie verwies auf die Sorgen der Beschäftigten, im Beruf keine feste Perspektive zu haben. Und sie ermahnte unseren Koalitionspartner, das vereinbarte Rückkehrrecht von Teilzeit zu Vollzeit umzusetzen. Bereits zum zweiten Mal steht das Rückkehrrecht im Koalitionsvertrag. Jetzt muss es endlich auch im Gesetz stehen. Derzeit blockieren aber CDU und CSU beim Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. Damit lässt die Union Millionen Frauen in der Teilzeitfalle hängen.